



JUNGE UNION  
NORDRHEIN-WESTFALEN



## **STADT. LAND. MENSCH.**

*Unsere Ideen für die Heimat von Morgen*

15.–16. November 2014 in Arnsberg  
**#nrwtags50**

**„Schülern ein Recht auf Unterricht  
zurückgeben!“**

**Beschluss zum 50. JU NRW-Tag  
am 15./16. November 2014 in Arnsberg**

## **„Schülern ein Recht auf Unterricht zurückgeben!“**

Seit dem Jahr 2010 und der Übernahme des Schulministeriums durch die Grüne Ministerin Silvia Löhrmann wird keine Statistik über den Unterrichtsausfall an nordrhein-westfälischen Schulen mehr veröffentlicht. Nachdem bis 2005 zuletzt unter rot-grünen Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen jährlich über 5 Millionen Schulstunden ausfielen, war es die CDU-geführte Landesregierung, die diese Zahl von 2005 bis 2010 nachweislich halbiert hat. Vor allem Schüler, ihre Eltern und Lehrer engagieren sich an vielen Stellen in Nordrhein-Westfalen für einen guten Unterricht. Dabei sind es die Schüler, die ein Recht auf Bildung und einen Anspruch auf stattfindenden Unterricht haben. Diesen zu gewährleisten ist Pflicht des Schulministeriums. Zu dieser Pflicht gehört im Sinne der Transparenz und Nachvollziehbarkeit auch die verlässliche Erhebung des Unterrichtsausfalls.

### ***Unterrichtsausfall verlässlich und umfassend erheben***

Dass Frau Löhrmann auf Druck der CDU angekündigt hat, eine stichprobenartige Untersuchung durchzuführen, reicht nach Meinung der JU NRW nicht aus. Unterrichtsausfall lässt sich nicht durch Aushöhlen einer Statistik bekämpfen. Wir fordern eine verlässliche und alle nordrhein-westfälische Schulen umfassende regelmäßige Erhebung von Unterrichtsausfall. Die Junge Union unterstützt damit den Landesrechnungshof, der eine Verpflichtung aller Schulen zur Weiterleitung der ausgefallenen Stunden fordert. Begründet wird dies damit, dass Schulen mit überdurchschnittlich hohen Fehlstunden seltener die Daten übermitteln als Schulen mit durchschnittlichen Fehlstundenzahlen. Es muss dabei kenntlich gemacht werden, wie der Unterricht ausfällt. Beispielsweise:

1. Die Unterrichtsstunde wird ordentlich und fachgerecht durch eine Lehrkraft vertreten.
2. Es handelt sich um eine EVA-Stunde (EigenVerantwortliches Arbeiten).
3. Die Unterrichtsstunde fällt komplett aus, ohne Vertretung oder adäquaten inhaltlichen Ersatz.

Dieser Dreiklang stellt sicher, dass klare Lösungsstrategien zum Unterrichtsausfall entwickelt werden können. Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, sind tagesaktuelle Informationsmöglichkeiten (z.B. als App) für Schüler und Eltern zu schaffen.

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen fordert zudem die Verankerung einer jährlichen Erhebung des Unterrichtsausfalls und deren Veröffentlichung im Schulgesetz. Das Recht auf Bildung und damit auch auf Unterricht darf nicht vernachlässigt werden. Daher ist es nur konsequent, solch eine Erfassung von Missständen rechtlich bindend festzuschreiben.

### ***Keine Streichung von Lehrerstellen ohne Bedarfserhebung***

Die rot-grüne Landesregierung erfasst keinen Unterrichtsausfall, streicht aber über 1.000 Lehrerstellen. Angesichts der bevorstehenden Herausforderungen für unsere Schulen, die im Zuge der Inklusion und der Unterrichtsausfälle entstehen, ist die Streichung von Lehrerstellen das absolut falsche Mittel. Daher fordert die JU NRW, dass die geplante Streichung der Stellen zurückgenommen wird! Die Möglichkeit, Lehrer zu entlasten, sollte über die Einstellung von Schulverwaltungsassistenten genutzt werden, wie es auch von der CDU-NRW gefordert wird. Des Weiteren fordert die Junge Union zusätzliche Lehrerstellen. Nur so lassen sich Fehlstunden effektiv ausgleichen.

Dass ohne Wissen über das Ausmaß an Unterrichtsausfällen Lehrerstellen abgebaut werden sollen, zeigt letztendlich auch, welche geringe Bedeutung das Thema Bildung im Programm der rot-grünen Landesregierung einnimmt. Ministerpräsidentin Kraft hat im Wahlkampf ausgerufen, dass sie kein Kind zurücklassen wolle. Wenn sie keine verlässlichen Statistiken erlaubt und Lehrerstellen streicht, dann bleibt dies lediglich eine hohle Phrase. Damit nimmt die rot-grüne Regierung die Benachteiligungen der Schüler billigend in Kauf. Die Beschulung aller Schüler heißt nicht, dass keines zurückgelassen wird, vielmehr gehört dazu ein angemessener Lehrer-Schüler-Schlüssel, der es ermöglicht, die Schüler adäquat zu betreuen und zu unterrichten.

Skandalös ist ebenfalls die Praxis, Lehrer mit befristeten Verträgen bis zu den Sommerferien zu beschäftigen, um diese dann während der Sommerferien zu entlassen, nur um sie danach erneut befristet einzustellen. Lehrer, die nicht wissen, wo sie nach den Sommerferien unterrichten, können keinen guten Unterricht für die Schüler vorbereiten. Eine Entlastung des Landeshaushalts auf Kosten der Arbeitslosenversicherung ist nicht hinnehmbar.

## ***Dem Unterrichtsausfall entgegenwirken - Lehrer unterstützen***

Der Grund für den Unterrichtsausfall ist der Lehrermangel im Land. Aufgrund der fehlenden Daten können weder konkrete Missstände noch positive Beispiele einer guten Schulorganisation und Unterrichtsversorgung aufgezeigt werden.

Es ist jedoch fatal, allein die Schulen für den Unterrichtsausfall verantwortlich zu machen. Frau Löhrmann muss als Schulministerin insbesondere mit den Schulleitern in engem Austausch stehen, an deren Schulen ein hoher Unterrichtsausfall zu verzeichnen ist. Dabei müssen die Gründe der Ausfälle analysiert und konstruktive Lösungen erarbeitet werden. Wir plädieren für einen stabilen, verlässlichen Vertretungspool für alle Schulformen. Dieser Pool bedarf einer attraktiven Ausgestaltung für die Lehrkräfte. Sie sollen während einer Tätigkeit als „Spring-Lehrkraft“, auch eine Chance auf Verbeamtung haben.

Der Beruf des Lehrers ist jener mit einer der höchsten Burn-Out-Quoten in ganz Deutschland. Das Land als Arbeitgeber und Dienstherr ist in der Verantwortung, nicht nur die Belastung der Lehrkräfte vertraglich zu gestalten, sondern auch den Beruf des Lehrers attraktiv zu halten. Der verantwortungsvolle Umgang mit der Lehrergesundheit sichert der nordrhein-westfälischen Schullandschaft langfristig einen Rückgang des Unterrichtsausfalles. Hinzukommen sollen beispielsweise (ärztliche) Unterstützung bei Überlastung, Ausbau der Weiterbildungsmöglichkeiten oder auch das Entlasten bei Verwaltungsaufgaben. Auch die Schulsozialarbeit zum Ende des Jahres 2014 auslaufen zu lassen ist ein Rückschritt.